Kommunalwahlprogramm für den Landkreis Spree-Neiße
Schlussredaktion
Stand: 14.11.2025

Präambel

Bei der Kommunalwahl am 9. Juni 2024 geht es schlichtweg um alles! Gemeinsam entscheiden wir darüber, wie für uns eine lebens- und liebenswerte Zukunft aussieht. Wollen wir eine Region für alle Menschen sein oder nur für einige wenige? Wollen wir eine Region der Chancengleichheit sein oder soll auch bei uns immer mehr der Geldbeutel über die Möglichkeiten im Leben entscheiden?

Die Linke ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit – auch auf kommunaler Ebene. Dieses Leitmotiv zieht sich dabei durch alle Politikfelder:

Egal ob arm oder reich, welchen Geschlechts, welcher sexuellen Orientierung, welchen Glaubens, ob mit oder ohne Behinderungen – Teilhabe ist das Recht jedes unserer Mitmenschen. Deshalb stellen wir uns jeder Form von Diskriminierung entgegen und setzen uns für mehr **Demokratie und Bürger:innenbeteiligung** ein.

Wir wollen, dass jede und jeder eine **Wohnung** bezahlen kann und keine Angst haben muss, das Dach über dem Kopf zu verlieren. Deshalb stehen wir für eine Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus und gegen die zunehmende Privatisierung von Grund und Boden ein.

Wir kämpfen für moderne, klimagerechte und bezahlbare **Mobilität**. Dabei sind wir nicht naiv und wissen, dass es aktuell in ländlichen Regionen kaum ohne Autos geht. Deshalb wollen wir den ÖPNV zu einer echten Alternative entwickeln.

Wir streiten für Chancengleichheit in der **Bildung**. Ob Investitionen in Schule, Kita und Hort, Inklusion und Integration, Schulsozialarbeit und Schulgesundheitsfachkräfte oder kostenfreie und sichere Schüler:innenbeförderung – alle Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf bestmögliche Bildung.

Wir wollen, dass die Lausitz eine **Gesundheitsregion** wird. Die geplante Universitätsmedizin in Cottbus ist für uns der Startschuss zur Entwicklung neuer Konzepte für eine flächendeckende und gute gesundheitliche Versorgung.

Wie die meisten Regionen ist auch die Lausitz von Zuwanderung geprägt. Dabei ist klar: Geflüchtete können nichts für die strukturellen Defizite in unserem Land. Deshalb ist **Integration** – auch über Sprache und Arbeit – eine wesentliche Zukunftsaufgabe für ein gutes Zusammenleben aller Menschen.

Den Herausforderungen der Klimakatastrophe müssen wir auch vor Ort begegnen. Hitzeschutzkonzepte gewinnen an Bedeutung und unsere **Umwelt- und Energiepolitik** muss dem gerecht werden.

Unsere Region steht mit Blick auf den begonnenen Strukturwandel vor enormen Chancen. Um diese zu nutzen, wollen wir die **Wirtschaftspolitik** in unserer Region gemeinsam entwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunale Ebene ausreichend Geld zur Verfügung hat, um die notwendigen Investitionen in unsere Zukunft zu leisten. Es kann nicht sein, dass sie mit den Kosten für marode Schulen, das 49-Euro-Ticket und eine ausreichende ärztliche Versorgung im Stich gelassen wird. Deshalb kämpfen wir auch im Landtag und im Bundestag dafür, dass die kommunale Ebene endlich die Unterstützung erhält, die die Menschen vor Ort verdient haben.

All diese Themen wollen wir gemeinsam mit den Menschen in unserer Region voranbringen.

Dabei ist klar: Die aktuell unsichere Weltlage und die zunehmenden militärischen Auseinandersetzungen beunruhigen auch uns. Auch wenn wir auf kommunaler Ebene keinen Einfluss darauf haben: Die Linke ist und bleibt die einzige Friedenspartei und kämpft für Diplomatie und gegen Rüstungsexporte.

Vor Ort können wir alle gemeinsam am besten dafür eintreten, indem wir friedlich, solidarisch und tolerant zusammenleben. Dafür steht Die Linke.

Zeit für mehr Demokratie & Beteiligung durch euch

Wir zeigen Haltung! Wir stehen klar für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft. Daher kämpfen wir entschieden gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Ableismus/Behindertenfeindlichkeit und alle anderen Formen der Diskriminierung.

Das Erstarken des Rechtsextremismus macht auch vor den demokratisch gewählten Vertretungen in unseren Kommunen nicht halt. Auch hier zeigt sich eine zunehmende Verrohung der Sprache. Rassistische Äußerungen in den Kommunalparlamenten wollen wir konsequent durch Einführung entsprechender Regeln in den Geschäftsordnungen bekämpfen.

Wir setzen uns für die Beschlussfassung und Weiterentwicklung der erarbeiteten Bürger:innenbeteiligungssatzung im Landkreises ein. Im Gespräch mit den Bürger:innen sind neue demokratische Instrumente zu entwickeln, um mehr politische Mitwirkung zu ermöglichen.

Auch die Bürger:innen unseres Landkreises unterliegen teils hohen Hürden an politischen Entscheidungen beteiligt zu werden. Wir machen uns für mehr direkte Demokratie stark, indem kommunale Bürger:innenentscheide zu besonders schwerwiegenden Themen eingeführt werden mit einem festen Quorum, um die Verbindlichkeit solcher Entscheidungen zu erhöhen.

Wir setzen auf Hürdenabbau bei demokratischer Mitgestaltung durch unsere Bürger:innen. Dazu soll die Möglichkeit geschaffen werden, Einwohneranträge und Petitionen digital einzureichen.

Beiräte leisten einen enormen Beitrag zu den politischen Veränderungen für die Interessengruppen, die sie vertreten. Wir wollen Ihnen individuelle Haushaltsbudgets zur Verfügung stellen, mit denen sie auch Entscheidungen mit finanzieller Auswirkung besser erwirken und umsetzen können. Budgets, die schon Beiräten zugewiesen sind, sollen schrittweise erhöht werden.

Bisher ist es nicht möglich, dass Beiräte in unserem Landkreis selbst Anträge an den Kreistag oder die Ausschüsse stellen dürfen. Das wollen wir ändern, damit die Initiative, die Beiräte oft ergreifen, viel direkter zu Entscheidungen in den Parlamenten führen kann.

Kommunalabgeordnete und Sachkundige Einwohner:innen erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit in den Parlamenten bereits eine Aufwandsentschädigung. Wir wollen diese auch den Beiratsmitgliedern ermöglichen, damit auch sie einen Ausgleich für die Zeit und die Arbeit, die sie investieren, erhalten.

Wir sind für die Bürger:innen da. Linksfraktionen und Abgeordnete der Linken werden während der gesamten Wahlperiode regelmäßig Bürger:innengespräche, Bürger:innenfrühstücke und andere Begegnungsformate anbieten und somit nicht nur im Wahlkampf für die Menschen ansprechbar sein.

Häufig entscheiden die Parlamente über Veränderungen, die gerade junge Menschen sehr beschäftigen. Damit sie an der Entscheidungsfindung direkt mitwirken, setzen wir uns für Formen der direkten Beteiligung der jungen Generation und mehr Rechte für die Kinder- und Jugendbeiräte im Landkreis ein.

Zu Schwerpunktthemen, die mehrere Interessengruppen des Landkreises betreffen, wollen wir Bürger:innenräte auf Zeit einsetzen, die durch ein geregeltes Losverfahren gewählt werden, ein eigenes Budget erhalten sollen und eine klare Zielstellung sowie dazugehörige Aufgaben, die der Kreistag vorher festlegt. So gewährleisten wir, das gewichtige Entscheidungen nicht an unseren Bürger:innen vorbei getroffen werden. Die Ablehnung von Empfehlungen ist dem Bürgerrat zu erläutern.

Unsere Kreisverwaltung muss für die Einwohner:innen sowohl persönlich als auch digital unkompliziert erreichbar sein.

Verwaltungsvorgänge müssen für die Bürger:innen verständlich (analog und digital) und nachvollziehbar sein.

Als Linke ist uns ein möglichst einfacher Zugang zu Verwaltungen und Kommunalpolitik wichtig. Dazu muss der Internetauftritt der Kreisverwaltung verständlicher gestaltet und eine einfachere Navigation ermöglicht werden. Für die Teilhabe aller Menschen ist ein konsequenter Zugang zu einfacher Sprache zu gewährleisten und ausnahmslos barrierefrei umzusetzen. Das schließt auch jegliche Dokumente ein, die online zur Verfügung gestellt werden.

Wir setzen uns für eine durchgängig verständliche Amtssprache in/bei/durch Behörden ein, denn sie sind Dienstleisterinnen für unsere Bürger:innen und müssen Hürden bei Amtsgängen abbauen, statt neue zu schaffen.

Nicht jede:r Einwohner:in hat immer ausreichend Zeit für eine Terminvergabe persönlich zu erscheinen. Wir wollen durchsetzen, dass Bürger:innenbüros grundsätzlich auch eine Online-Terminvergabe anbieten.

Wir wollen eine digitale Bürger:innenplattform, die umfassend über aktuelle Bürger:innenbeteiligungsverfahren informiert und eine digitale Teilnahme der Bürger:innen am Verfahren ermöglicht.

Damit Entscheidungen und politische Prozesse der Kommunalparlamente transparenter und nachvollziehbarer für die Bürger:innen gemacht werden, setzen wir uns für Livestreams und Veröffentlichungen der Videoaufzeichnungen aller Sitzungen der Kommunalvertretungen ein.

Die Kommunalverwaltungen haben sehr lange schon mit unbesetzten Stellen zu kämpfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen so weit verbessert werden, dass die Stellen an Attraktivität gewinnen und schließlich zur Reduzierung der Gesamtbelastung der Verwaltungen führen. Nur so können sie ihrem Service-Auftrag gegenüber den eigenen Anwohner:innen besser und schneller nachkommen.

Wir müssen wissen, was das Ehrenamt an Unterstützung braucht, z.B. Hilfe bei der Beantragung von Fördermitteln, mietfreie Räume usw. Deshalb fordern wir den Landkreis auf den Unterstützungsbedarf gemeinsam mit dem Ehrenamt zu ermitteln, um dann entsprechende Schlussfolgerungen und Entscheidungen treffen zu können. Das Ehrenamt vieler Bürger:innen in unserem Landkreis findet unsere Wertschätzung. Die finanzielle Ausstattung von Vereinen oder Initiativen muss gesichert und möglichst ausgebaut werden.

Wir wollen prüfen, auf welche Bereiche der Landkreis und Cottbus die interkommunale Zusammenarbeit ausweiten können, damit weitere Aufgabengebiete gemeinschaftlich besser und effektiver bearbeitet werden.

Insbesondere unsere Kommunen bekommen die Auswirkungen von kriegerischen Auseinandersetzungen zu spüren, wir beantragen daher in allen Kommunen und im Kreistag den

Beitritt zum Bündnis “Mayors For Peace”, damit ein klares Signal für internationale Solidarität und Frieden ausgesendet wird.

Zeit für gelingende Integration

Sprache ist ein entscheidender Schlüssel für gelingende Integration. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung von Sprachkursen ein. Sie müssen besser gefördert und dezentral angeboten werden.

Das Refugee-Teacher-Program, welches ausgebildete Lehrkräfte unter geflüchteten Menschen anwirbt und für den Unterricht an Schule fit macht, sollte nachhaltig gestärkt und seine Einführung auch an der BTU Cottbus-Senftenberg geprüft werden.

Wir setzen uns für die Bildung eines Netzwerkes von Lehrkräften im Ruhestand ein. Ziel ist es, diese besser und schneller für eine mögliche Unterstützung bei Integrations- und Sprachkursen sowie im Kitabereich ansprechen zu können.

Private, zivilgesellschaftliche Initiativen zur Integration – so zum Beispiel Sprechcafés – müssen mehr unterstützt werden.

Kinder nichtdeutscher Herkunft sollen besser im System Schule willkommen geheißen werden. Hierfür wollen wir die individuelle Beratung von Eltern und Kindern zur Integration in den Regelschulbetrieb und die jeweiligen Förderbedarfe verbessern.

Der Landkreis soll gemeinsam mit den Kommunen mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Handwerkskammer (HWK) eine Strategie „Mittelstand und Handwerk“ entwickeln. Ziel soll eine verbesserte Ausbildung und Qualifizierung von geflüchteten Menschen für eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt sein. Dabei sollen auch die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Arbeitgeber:innen und Unternehmen für die Integration von neuen Mitarbeitenden und Auszubildenden nichtdeutscher Herkunft gestärkt werden.

Verteilt auf verschiedene Standorte im Landkreis Spree-Neiße wollen wir Willkommenseinrichtungen – so genannte Welcome Center – errichten. Die Stadt Cottbus setzt ein solches Modell bereits erfolgreich um. Ziel ist es, dass Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen in unserer Region neu ankommen, alle notwendigen behördlichen Anlaufstellen und weitere Beratungsleistungen rund um Wohnen, Bildung und Beruf unter einem Dach erhalten.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich der Landkreis Spree-Neiße und seine Kommunen der Initiative „Sicherer Hafen“ anschließen. Neben der positiven Außenwirkung für unsere Region werden dadurch einheitliche Qualitätsstandards für eine bessere Integration von Menschen gesetzt.

Zeit für verlässliche Mobilität

Nachdem der Busverkehr im Osten des Landkreises Spree-Neiße nicht mehr durch die Deutsche Bahn betrieben wird, ist der ÖPNV in Cottbus und Spree-Neiße in öffentlicher Hand. Diesen Fortschritt gilt es zu erhalten - Privatisierungen erteilen wir eine klare Absage.

Die zukünftige ÖPNV-Planung des Landkreises soll berücksichtigen, dass die Buslinien in den Mittelzentren Forst, Guben und Spremberg auch sinnvoll als innerstädtisches Verkehrsmittel genutzt werden können.

Der ÖPNV wird nie eine attraktive Alternative zum Auto sein, solange man abends zwar noch ins Theater, ins Restaurant oder zum Konzert hinkommt, jedoch danach nicht mehr zurück. Der ländliche Raum - sowohl Dörfer als auch Ortsteile am Stadtrand – müssen durch bedarfsgerechte und flexible Verkehrsangebote besser angebunden werden. Dies gilt auch am Wochenende und nach 20 Uhr. Wo das nicht mit Fahrplan möglich ist, sollen bedarfsgerechte On-Demand-Angebote geschaffen werden.

Damit der ÖPNV attraktiv ist, muss er auch schnell sein. Dort, wo es verkehrstechnisch möglich ist, sollen Busspuren eingerichtet werden oder Verkehrsampeln, die eine Bevorrechtigung des ÖPNV zulassen.

Zu einem attraktiven ÖPNV gehört auch eine gute fußläufige Erreichbarkeit der Haltestellen von jedem Wohnhaus aus. Im Landkreis Spree-Neiße beträgt der Abstand derzeit bis zu 1,7 Kilometer. Diese Entfernung wollen wir halbieren.

Haltestellen und Fahrzeuge wollen wir konsequent barrierefrei gestalten. Dies ist nicht nur eine gesetzliche Verpflichtung, sondern auch im besonderen Interesse von Menschen mit Behinderung. Dazu gehören auch Sitzplätze und eine Überdachung. Ebenso werden wir darauf achten, dass Fahrplaninformationen barrierefrei gestaltet sind. Darüber hinaus sollen Haltestellen und Fahrzeuge sukzessive mit freiem W-Lan ausgestattet werden. Dies ist nicht zuletzt wichtig, um die On-Demand-Angebote auch bei schlechtem Empfang nutzen zu können.

Bahnhöfe sind ein wichtiger Kommunikationspunkt in den Kommunen. Sie sind der Eingang einer Kommune. Deshalb unterstützen wir Ideen, wie Bahnhöfe besser für das Gemeinwohl genutzt werden können.

Auch beim Radverkehr kämpfen wir für deutliche Verbesserungen. Haltestellen müssen konsequent mit Anschlussmöglichkeiten für Fahrräder ausgestattet sein, zur besseren Kombinierbarkeit der Verkehrsmittel.

Wir fordern mit dem Blick, auf Berufspendler, Schüler und Touristen, den Landkreis auf, ein Rad- und Fußwegekonzept zu erarbeiten, in dem sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Bahnhöfen und Busplätzen, Ladesäulen für E-Bikes und öffentliche Toiletten berücksichtigt werden.

Zukünftige Radverkehrskonzepte müssen eine ausreichende Anzahl und bedarfsorientierte Verteilung von Abstellplätzen für Fahrräder beinhalten. Darüber hinaus sollen auf gepflasterten Straßen und Wegen die Radwege mit versickerungsfähigem Asphalt oder anderen wasserdurchlässigen Materialien, die ein komfortables Fahren gewährleisten, gestaltet werden, um einen schnelleren, sichereren und bequemeren Verkehrsfluss zu ermöglichen.

Nachdem wir den kostenlosen Schüler:innenverkehr im Spree-Neiße-Kreis durchsetzen konnten, wollen wir im nächsten Schritt auf einen gemeinsamen beitragsfreien Schüler:innenverkehr für Cottbus und den Landkreis hinarbeiten. Unser Ziel ist ein kostenloses Schüler:innenticket für den ÖPNV für unsere Region.

Gemeinsam mit der Verkehrswacht soll der Fahrradunterricht wieder ein kostenloses Regelangebot an allen Grundschulen werden. Unsere Kinder sollen eine umfassende Verkehrserziehung erhalten und die Fahrradprüfung ablegen können.

Zeit für Aufbrüche

Der begonnene Strukturwandel und die damit verbundenen Investitionen bergen nie dagewesene Chancen für unsere Region. In den kommenden Jahren werden tausende neue Arbeitsplätze entstehen. Diesen Prozess wollen wir mit einer Ansiedlungs- und Förderpolitik „aus einem Guss“ für die Lausitz begleiten. Deshalb fordern wir eine gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft für den Landkreis Spree-Neiße und die Stadt Cottbus sowie ein Ende der bestehenden „Kleinstaaterei“ auf diesem Gebiet. Langfristig wollen wir zu einer Wirtschaftsförderung für die ganze Lausitz auf brandenburgischer Seite kommen, die eng mit der sächsischen Lausitz kooperiert

Der Strukturwandel braucht Fachkräfte. Deshalb gilt es die bestehende Arbeitslosigkeit und den Langzeitleistungsbezug durch nachhaltige Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt abzubauen. Wir wirken darauf hin, dass das Jobcenter Spree-Neiße zielgerichtete und passgenaue Qualifizierungsangebote für die Menschen in unserem Landkreis zur Verfügung stellt. Dafür setzen wir uns in den Organen und Gremien des Jobcenters ein.

Wir setzen uns für eine gute finanzielle Unterstützung der Tafeln im Landkreis Spree-Neiße ein. Die aktuell sehr hohen Energiekosten und steigenden Lebensmittelpreise führen dazu, dass immer mehr Menschen die Tafel aufsuchen. Mit den Möglichkeiten der öffentlich geförderten Beschäftigung sollen die gegenwärtig und auch zukünftig vielen ehrenamtlichen Aktiven in den Tafeln durch den Landkreis Spree-Neiße unterstützt werden.

Für uns gehören Unternehmen der Daseinsvorsorge grundsätzlich in öffentliche Hand. Darunter fallen ÖPNV, Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie die Abfallentsorgung. Eine Privatisierung dieser kommt für uns nicht in Frage.

Wir fordern den Abschluss von Tarifverträgen für alle kommunalen Unternehmen, damit wir den Konkurrenzdruck aufgrund von ungerechter Bezahlung in kommunalen Betrieben endlich beenden. So tragen wir auch dazu bei, dass mehr externe Bewerbungen von Menschen außerhalb der Lausitz und aus anderen Branchen in die Stellenbesetzung einfließen.

Damit Arbeit bei öffentlichen Aufträgen auch fair bezahlt wird, werden wir die Einhaltung des Vergabemindestlohns durch regelmäßige Anfragen an die Kommunalverwaltungen prüfen.

Der Landkreis Spree-Neiße und die Stadt Cottbus haben eine gemeinsame Sparkasse. Ihr Auftrag ist die flächendeckende Versorgung der Menschen mit Bankdienstleistungen. Deshalb fordern wir den Erhalt aller Standorte von Filialen und Bankautomaten, damit an diesem öffentlichen Auftrag nicht gespart wird.

Wir wollen die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum verbessern. So sollen Straßenübergänge konsequent mit abgeflachten Bordsteinkanten und Sehbehindertenleitsystemen ausgestattet werden. An Straßen mit Kopfsteinpflaster müssen barrierefreie Übergänge gewährleistet werden, damit beispielsweise Menschen mit Gehhilfen oder im Rollstuhl sicher über die Straße kommen. Perspektivisch wollen wir in allen betroffenen Straßen auf barrierefreies Kopfsteinpflaster umsteigen.

Im Konzept des leitungsgebundenen Wasserstofftransportnetzes muss auch eine umfassende Wasserstofftankinfrastruktur berücksichtigt werden, die gemeinsam mit dem ÖPNV und der Abfallentsorgung geplant und umgesetzt wird.

Zeit für gute medizinische Versorgung

Für eine gute und wohnortsnahe Gesundheitsversorgung sind auch die kleinen Krankenhäuser wichtig. Wir setzten uns deshalb für den Erhalt aller Krankenhausstandorte ein. Darüber hinaus kämpfen wir für einen regionalen Klinikverbund in Südbrandenburg. Dieser würde eine verbesserte Patientenversorgung durch die Bündelung von Ressourcen, Fachkompetenzen und interdisziplinärer Zusammenarbeit bieten. Zudem stärkt er die Effizienz im Gesundheitswesen, und kürzere Wege ermöglichen eine bessere Notfallversorgung.

Arztpraxen müssen barrierefrei gestaltet sein, um sicherzustellen, dass alle Patienten, unabhängig von ihren körperlichen Einschränkungen, gleichen Zugang zur medizinischen Versorgung haben. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die gesetzlichen Vorgaben konsequent umgesetzt werden und endlich alle Arztpraxen barrierefrei werden.

Wir als Linke setzen uns für die Stärkung der öffentlichen Gesundheitsämter ein. Sie überwachen und kontrollieren das Auftreten von Krankheiten, fördern gesunde Verhaltensweisen sowie den Umweltschutz und kümmern sich um die Kinder- und Jugendgesundheit und Zahngesundheit. Sie sollen schon präventiv tätig werden, um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung sicherzustellen und zu verbessern. Zudem überprüfen sie die Hygienestandards in öffentlichen Einrichtungen und sind für Krisenmanagement und Notfallplanung verantwortlich. Nur mit ausreichenden Ressourcen können Gesundheitsämter auch ihrer Verantwortung nachkommen.

Wir fordern einen regelmäßigen Gesundheitsbericht, der auch Fragen der Suchtberatung von psychisch Kranken und Suchtabhängigen (Alkohol, Drogen und Spielsucht) beinhaltet, um mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern zu können.

Wir als Linke fordern die Verwaltung auf eine kommunale Planung des Pflegebedarfes sowohl ambulant als auch stationär zu erarbeiten. Nur wenn wir die Bedarfe kennen, können wir gezielte Maßnahmen daraus ableiten.

Wir setzen uns für alternative Wohnformen im Alter, bei Krankheit und Demenz sowie die dafür notwendige Erweiterung entsprechender Betreuungs- und Pflegeangebote ein, um sicherzustellen, dass ältere Menschen die Möglichkeit haben, in Würde und mit angemessener Versorgung zu leben.

Wir setzen uns entschieden gegen weitere Privatisierungen im Gesundheitssektor ein und fordern, dass die Gesundheitsversorgung als öffentliches Gut erhalten bleibt, um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Einkommen Zugang zu hochwertiger medizinischer Betreuung haben.

Wir brauchen dringend Haus- und Fachärzt:innen in unserer Region. Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass eine Niederlassung von Fach- und Allgemeinmediziner:innen bereits bei einer Versorgungslage von unter 100% des Bedarfes von der Kassenärztlichen Vereinigung erlaubt und gefördert wird. Nur so können wir eine Unterversorgung wirklich vermeiden, denn aktuell dürfen sich neue Hausärzt:innen erst bei einem Versorgungsgrad von unter 75%, neue Fachärzt:innen erst bei unter 50% niederlassen.

Überall fehlt es an medizinischen Fachkräften. Wir fordern deshalb eine offensive Strategie zum Anwerben von medizinischen Fachkräften in unserer Region. Auf Landesebene setzen wir uns für eine Verbesserung und dauerhafte Sicherung des Landärzt:innen-Stipendiums ein, um die gesundheitliche Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu stärken und sicherzustellen, dass junge Ärzt:innen Anreize erhalten, in unterversorgten ländlichen Regionen tätig zu werden.

In den kommenden Jahren werden viele Ärzt:innen in den Ruhestand gehen. Damit die gesundheitliche Versorgung der Patient:innen nicht gefährdet wird, fordern wir die Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema „Praxisnachfolge“. Ziel ist es, gemeinsam mit der Verwaltung, der Kassenärztlichen Vereinigung sowie den betreffenden Ärzt:innen Lösungen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Region zu erarbeiten und Maßnahmen zur Unterstützung von Ärzt:innen bei der Praxisnachfolge zu entwickeln.

Wir als Linke fordern die Einführung einer:eines Gesundheitsmanager:in in der Kreisverwaltung, um u.a. an Konzepten zur Gesundheitsprävention und Bedarfsplanung für die gesundheitliche Versorgung zu arbeiten.
Diese neue Stelle der Verwaltung soll regelmäßig die Träger von Selbsthilfegruppen zu gemeinsamen Beratungen einladen, um Bedarfe nach Unterstützung erfragen, denn Selbsthilfe ist ein wesentlicher Bestandteil von Präventionsarbeit.

Wir setzen uns dafür ein, kommunale Medizinische Versorgungszentren (MVZ) mit einem breiten Spektrum an Haus- und Fachärzt:innen einzurichten, um eine umfassende und zugängliche Gesundheitsversorgung in allen Gemeinden zu gewährleisten und lange Anfahrtswege für Patient:innen zu reduzieren.

Wir fordern die Zugänglichkeit von Untersuchungen wie Röntgen, MRT und CT durch die Einrichtung von mobilen Einheiten (Röntgen-LKW) und kommunalen MVZ zu verbessern. Zusätzlich setzen wir uns für die Organisation regelmäßiger Fahrten für Patient:innen über eine kommunale Mobilitätszentrale ein, sodass alle Bürger:innen unabhängig von ihrer geografischen Lage Zugang zu hochwertigen medizinischen Untersuchungen haben.

Wir setzen uns dafür ein, im ländlichen Raum Ärzt:innenmobile einzurichten, damit auch entlegene Gemeinden Zugang zu ärztlicher Versorgung haben. Diese mobilen Einheiten sollen regelmäßig verschiedene Ortschaften anfahren und eine breite Palette von medizinischen Dienstleistungen anbieten, um die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum zu verbessern.

Wir fordern die Schaffung eines zentralen Ortes, an dem alle Krankenkassen und ähnliche Organisationen Beratungen anbieten können. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass die Beratungsangebote und -möglichkeiten für Betroffene und Angehörige kontinuierlich verbessert und flächendeckend zur Verfügung gestellt werden, um eine umfassende Unterstützung zu gewährleisten.

Wir fordern den Bau von kommunalen Pflegeeinrichtungen, die dafür sorgen müssen, dass ältere Menschen und Pflegebedürftige in ihrer vertrauten Umgebung adäquat versorgt werden können. Diese Einrichtungen sollen qualitativ hochwertige Pflege und Betreuung gewährleisten und somit die Lebensqualität und Selbstbestimmung der Bewohner:innen fördern.

Wir fordern eine verstärkte und langfristige Finanzierung des Projekts 'Pflege vor Ort' auf Landesebene ein, um die Pflegeinfrastruktur in den Gemeinden zu stärken und eine bedarfsgerechte Versorgung von pflegebedürftigen Menschen sicherzustellen. Ziel des Projektes soll sein, die Pflege vor Ort nachhaltig zu unterstützen und die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern.

Wir unterstützen die Integration von Telemedizin im Rettungsdienst, um die medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten zu verbessern und den Zugang zu dringend benötigten medizinischen Dienstleistungen zu erleichtern. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, den ländlichen Raum aufzuwerten und die Gesundheitsversorgung flächendeckend zu optimieren.

Wir setzen uns für eine dringende Überarbeitung des Pflegehilfeplans des Landkreises ein, damit er den aktuellen gesellschaftlichen und demografischen Entwicklungen gerecht wird. Diese Anpassungen sollen sicherstellen, dass die Pflegebedürfnisse der Bevölkerung effektiv erfüllt werden und die Pflegeinfrastruktur den aktuellen Anforderungen entspricht.

Zeit für sozial-ökologischen Umbau

Unsere Wälder, Felder, Flüsse und Seen sind die Grundlage unseres Lebens. Sie sind ein Schatz, den es für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder zu bewahren gilt. Das bedeutet für Die Linke, dass der Landkreis sich gemeinsam mit den Kommunen unter Beteiligung der Bürgerschaft einen Klimaplan erarbeitet, der den Weg hin zu einem klimaneutralen Landkreis aufzeigt. Der Schutz der Flüsse und Seen in unserem Landkreis ist lebensnotwendig und für ein gutes Wassermanagement unabdingbar. Klimawandel und der Ausstieg aus der Braunkohleförderung haben Folgen. Dem stellen wir uns.

Als Linke unterstützen wir ganz klar die Arbeit des Netzwerks "Klare Spree", denn die Verockerung der Spree sorgt auch für eine enorme Verschlechterung der Trinkwasserqualität, eine deutliche Einschränkung und Belastung des Lebensraumes von Tieren und erhöhte Sulfatwerte im Boden und im Wasser.

Wir fordern den Landkreis auf, alle Maßnahmen zu unterstützen, die dafür Sorge tragen, das Wasser in der Landschaft zu halten. Staue, Drainagen und Meliorationsgräben sind auf Notwenigkeit zu überprüfen.

Wir erwarten vom Landkreis eine transparente und aktuelle Führung der Wasserrechte im Wasserbuch. Ein sparsamer Umgang mit Wasser muss die Grundlage aller Entscheidungen sein.

Wir wollen, dass die Abwasserbeseitigungskonzepte der Gemeinden konsequent nach Kriterien der Nachhaltigkeit und der demografischen Entwicklung geprüft werden. Die Gemeinden sind bei Bedarf zu unterstützen. Ziel muss sein, das Niederschlagswasser in der Landschaft zu halten. Gleichzeitig sollen Möglichkeiten gefunden werden, um Niederschlagswasser besser aufzufangen und nutzen zu können.

Wir wollen das Notwendige mit dem Praktischen zusammendenken. Wir haben erkannt, dass für den Erhalt des Biossphärenreservates Spreewaldes weitere Wasserspeicherseen erforderlich sind. Der Ostsee wäre als Speichersee für Wasser nutzbar und gleichzeitig soll er auch als Naherholungsgebiet für die Region entwickelt werden.

Wir setzen uns für die insektenfreundliche Gestaltung und Blühstreifen in der Agrarlandschaft ein. Streuobstwiesen sollen unser Landschaftsbild ergänzen. Auch mit der lokalen Landwirtschaft sind wir vom Überleben der Insekten abhängig.

Wir fordern eine konsequente Beschilderung von Naturschutzgebieten. Oft ist uns nicht klar, wie weit sich eines dieser Gebiete erstreckt. Für den Schutz gefährdeter Pflanzen- und Tierarten ist ein respektvoller Umgang damit durch uns alle wichtig.

Die Linke stellt sich konsequent gegen neue Flächenversiegelung, wenn bereits versiegelte Flächen noch nutzbar sind. Neuversiegelung hat den Verlust von Artenvielfalt zur Folge, Städte und Kommunen heizen sich zusätzlich auf, während auch Überschwemmungen durch fehlende Versickerung häufiger werden und die Bodenqualität leidet massiv durch notwendige Verdichtung. Für bereits versiegelte Flächen, die nicht mehr durch Ansiedlung und Infrastruktur benötigt werden, ist ein Entsiegelungskonzept für den Landkreis in Zusammenarbeit mit den Kommunen zu erarbeiten.

Wir geben den Anstoß für die Erarbeitung eines Konzepts für die energetische Sanierung aller kommunalen Gebäude, auch der Gebäude kommunaler Gesellschaften. Unsere Städte und Kommunen müssen nicht nur energieeffizienter werden, sie können auch einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung der Luftqualität leisten und als natürliche Klimaanlagen dem Aufheizen der Innenstädte entgegenwirken. Dazu wollen wir die Möglichkeiten für Photovoltaik-Anlagen, Balkonkraftwerke, die Bepflanzung von Dächern, Fassadenbegrünung und andere Maßnahmen prüfen und bestmöglich ausschöpfen.

Wir fordern in unserem Landkreis mithilfe des Förderprogramms „Klimaschutzinitiative – Klimaschutzprojekte im kommunalen Umfeld“ eine:n Klima- und Energiemanager:in einzurichten. Ziel ist die Erarbeitung von Klimaschutz- und Energieplänen. Kleinere Gemeinden sollen unterstützt und langfristige strategische investive Maßnahmen erfasst werden. Die Kontrolle des Energieverbrauches und der Klimabilanz für den Landkreis sollen damit überwacht werden.

Wir setzen uns für die Entwicklung eines Baumschutzkonzepts und den Erhalt von Alleen im Landkreis ein Bauvorhaben sind zukünftig so zu planen, dass unsere lokalen Baumbestände erhalten bleiben und Ersatzpflanzungen auf ein Minimum reduziert werden.

Zeit für Klimaschutz

Die Linke wird sich in allen Städten und Kommunen für die Entwicklung ganzheitlicher Klimaschutzkonzepte einsetzen und sie begleiten. Diese sollen enthalten:

- eine Strategie für jede Stadt unseres Landkreises als "Schwammstadt", denn Entsiegelung des Bodens und die Förderung von Wasserversickerung behalten das wertvolle Gut bei uns und senken unsere Niederschlagsgebühren.

- die Errichtung von kommunalen und genossenschaftlichen Solar - und Windkraftanlagen - denn so unterlaufen wir die Macht großer Energiekonzerne und sparen auch noch CO_2 ein, während Kommunen und Genossenschaften direkt von der Beteiligung an Gewinnen der Stromerzeugung profitieren.
- ein Gesamtkonzept für die Errichtung von Freiflächenphotovoltaik.
- die Selbstverpflichtung Solaranlagen so zu bauen, dass unter diesen weiterhin landwirtschaftliche Nutzung möglich ist, damit wertvolle landwirtschaftliche Flächen weiterhin für den Anbau zur Verfügung stehen.
- die Ausstattung der Dächer kommunaler Immobilien und von Immobilien der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und die Überdachung von Parkplätzen mit Solaranlagen, denn das ist definitiv eine flächenschonende Variante Solarstrom zu erzeugen.
- bedachte Flächen aller Art für Ausrüstung mit Solaranlagen nutzen, nicht nur die öffentlichen Gebäude
- die Vereinfachung des Betriebs von Balkon-Solaranlagen, denn so können wir auch die Nebenkosten für Mieter:innen umweltfreundlich senken.
- die Einführung eines Mindestanteils von 75% Begrünung bei Neubau. Viele wertvolle Grünflächen als passiver Wärmeschutz lassen sich durch Fassadenbegrünung realisieren und zusätzlich die Begrünung von Dächern auch dort, wo Solaranlagen unwirtschaftlich sind.
- die Möglichkeiten dezentraler Energieversorgung stärker in den Fokus nehmen und dabei auf interkommunale Zusammenarbeit setzen.
- den Einfluss eines Bauvorhabens auf Flächenversiegelung und Wasserhaushalt als zentrales Kriterium für eine Baugenehmigung festschreiben, damit Neuversiegelung zur absoluten Ausnahme wird und versiegelungsarme Alternativen begünstigt werden können.
- ein grundsätzliches Verbot von Schottergärten, da diese „Gärten“ die Artenvielfalt stark einschränken, keine Nahrung für Insekten bieten und massiv zur übermäßigen Verdunstung sowie dem Aufheizen des Stadtraums beitragen.
- eine kommunale Wärmeplanung, die prioritär auf Fernwärme und Quartierslösungen setzt, um die Heizkosten für die Bürger:innen bezahlbar zu gestalten und die intensivere Nutzung öffentlicher Abwärme zu ermöglichen.
- bei kommunalen Investitionen muss eine gesunde und nachhaltige Bauweise gefördert werden. Neubau, größere Umbauten und Sanierungen sollen die DGNB-Zertifizierung „Platin“ erfüllen, denn damit gewährleisten wir eine ressourcenschonende und treibhausemissionsarme Bauweise, die Abfallreduzierung und die langfristige Reduzierung von Nebenkosten für die Nutzer:innen.

Zeit für mehr Gesellschaft

Zeit für gute Bildung

Als Linke ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Herausforderungen des Schulsystems wie die Integration und Sprachförderung von Kindern nichtdeutscher Herkunft sowie die besonderen Problemlagen von Schulen in Brennpunkten sich auf mehr Schultern verteilen. Wir setzen uns dafür ein, dass personelle, finanzielle und Ausstattung mit Lern- und Arbeitsmaterialien dorthin gehen, wo sie benötigt werden. Das Schulprofil „Schule für gemeinsames Lernen“ muss gestärkt werden, statt es nach und nach auszuhebeln oder die besonderen Bedarfe zu ignorieren.

Brandenburg hat das Erfolgsmodell „Schulgesundheitsfachkräfte“ vor einigen Jahren beendet. Wir wollen wie andere Kommunen vor uns diese wieder einführen und unseren Schulen des Landkreises zur Verfügung stellen. Eine gute Gesundheitsförderung der Schüler:innen ermöglicht bessere Chancen im Bildungsbereich.

Wir denken Schule als ganzheitliches System, in dem auch das soziale Lernen und Gesundheitsbewusstsein einen Stellenwert haben. Wir als Linke wollen erreichen, dass Präventionsprojekte wie „Klasse2000“ an Grundschulen durch den Landkreis finanziell gefördert werden, damit präventive Vorhaben nicht von ausreichendem Sponsoring privater Institutionen oder Elternbeiträgen abhängig sind.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass mehr Mittel für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zur Verfügung stehen, denn Prävention nutzt den Kindern und Jugendlichen früher und mehr und spart darüber hinaus Geld gegenüber späterer stationärer Unterbringung. Auch ist Jugendarbeit ein wichtiger Beitrag zur Integration von Kindern unterschiedlicher Herkunft.

Gebührenerhöhungen in Kunst- und Musikschulen schließen wir aus, stattdessen wollen wir eine sozial gerechte Staffelung der Gebühren prüfen, damit alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer finanziellen Situation teilhaben können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Musikpädagogik durch die Kreisverwaltung als duales Studium ermöglicht wird, um diese Ausbildung attraktiver zu machen und den zukünftigen und bereits vorhandenen Personalbedarf zu decken.

Außerdem setzen wir uns für individuelle Budgets für die Schulen durch das Land ein, um weiteres sonstiges pädagogisches Personal wie Migrationssozialarbeit, Heilpädagog:innen und Kooperationspartner:innen für Ganztagsagenbote anzuwerben.

Wir wirken weiterhin auf die Kooperation zwischen SPN und Cottbus für eine gemeinsame tragfähige Schulentwicklungsplanung hin, denn die Schulentwicklung in unserer Region betrifft letztlich alle unsere Kinder und Jugendlichen. Kleinstaaterei wird uns nicht helfen für Kapazitäts- und Ausstattungsbedarfe, die sich aus dem Strukturwandel in unserer Region ergeben.

Wir fordern bedarfsgerechte Investitionen in Hardware und Software in allen Bildungseinrichtungen und Ausbildungsstätten unserer Kommunen, damit wir Schüler:innen und Auszubildende auf die Herausforderungen einer digitalen Gesellschaft vorbereiten können.

Es ist unsere Pflicht die Behindertenrechtskonvention auch an unseren Schulen umzusetzen und endlich vollständige Barrierefreiheit an allen Zugängen und Sanitäranlagen herzustellen, dafür streiten wir.

Wir haben erreicht, dass deutlich mehr Schulsozialarbeiter:innen an unseren Schulen in öffentlicher Trägerschaft eingesetzt werden können. Jetzt wollen wir dafür sorgen, dass ausnahmslos an jeder Schule in unserer Verantwortung mindestens eine Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit zur Verfügung steht, damit die vermehrt auftretenden sozialen Problemlagen unserer Kinder frühzeitig erkannt und Lösungen unmittelbar erarbeitet werden können.

Wir als Linke fordern den stärkeren Einsatz von Streetworker:innen, damit wir die Probleme der jungen Menschen nicht aus dem Stadtgebiet verdrängen, sondern aktiv angehen und Angebote für ein besseres Miteinander unmittelbar und direkt schaffen können.

Wir sorgen dafür, dass Kitas, Schulen und Horte schrittweise zu inklusiven Einrichtungen weiterentwickelt werden, in denen alle Kinder, ausgehend von ihrem individuellen Entwicklungsstand, gezielt gefördert werden können. Dazu gehören inklusionsgerechte Räumlichkeiten und Materialien, vor allem aber multiprofessionelle Teams, zu denen neben pädagogischen auch sozialpädagogische, psychologische, heil- und sonderpädagogische sowie therapeutische Fachkräfte gehören.

Die Linke unterstützt die Einrichtung einer inklusiven Betreuungsmöglichkeit von Kindern mit schweren Behinderungen über das 12.Lebensjahr hinaus, insbesondere in den Ferienzeiten, im städtischen Eigenbetrieb von Cottbus in direkter Kooperation mit SPN.

Wir setzen uns dafür ein, die personelle und finanzielle Situation der außerschulischen Lernorte zu stärken und engere Kooperation mit Schulen zu fördern, denn Lernen findet nicht nur im

Klassenraum statt. So lässt sich das neue Wissen auf spannende und anschauliche Weise viel nachhaltiger und praxisnaher vermitteln.

Wir wollen Möglichkeiten prüfen, internationale Beziehungen zwischen Schulen durch finanzielle Unterstützung für Austausche und Sprachbegegnung zu fördern (z.B. mit unseren Partnerstädten, denn nur durch direkte Begegnungen lernen die Schüler:innen eine Sprache effektiv und nachhaltig.

Zeit für blühende Kulturlandschaften

Wir wollen einen kostenlosen Zugang zu Kultureinrichtungen, Museen und Tierparks für Kinder, Schüler:innen, Auszubildende und Studierende anregen, auch damit stärken wir die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, da sie unabhängig vom Geldbeutel der Eltern kulturelle Angebote nutzen können.

Wir wollen das Netzwerk „Lausitzer Museenland“ unterstützen und stärken, um den jährlich stattfindenden internationalen Museumstag zu einem nachhaltigen Erlebnis für die Besucher:innen zu gestalten. Ein freier Eintritt für alle soll eine breite Teilhabe für Bürger:innen ermöglichen.

Als Linke werden wir anregen, eine "Kultur-Tafel" einzurichten: wir arbeiten mit öffentlichen Kultureinrichtungen, wie den Theatern und Museen in der Region zusammen, damit sie regelmäßig Tickets für Menschen mit niedrigem Einkommen über die Tafeln kostenlos zur Verfügung stellen.

Wir stellen uns Stellenstreichungen in kommunalen Kultureinrichtungen konsequent entgegen, denn nur mit ausreichendem Personal können diese Angebote für alle Generationen anbieten und so ihre kulturelle Teilhabe fördern.

Mit einem regionalen Kulturfestival der “kleinen Künste” mit lebenslanger Garantie nach dem Vorbild von „Art an der Grenze“ in Frankfurt (Oder) wollen wir regionale Kulturinitiativen und Künstler:innen sowie Kulturszenen fördern, die bereits hier ansässig sind und einen großen Beitrag zu unserer kulturellen Angebotsvielfalt leisten.

Wir denken Kultur und Mobilität zusammen: Wir setzen uns für die Konzeption eines regionalen Kulturtickets ein, das Kultureinrichtungen mit Verkehrsbetrieben zusammenbringt. Die Eintrittskarte soll zukünftig auch als ÖPNV-Ticket dienen.

Wir wollen, dass sich in öffentlichen Badeanstalten und öffentlichen Seen alle wohlfühlen. Ob „oben ohne“ oder Burkini und andere religiöse Kleidung, in Bädern soll niemand ausgeschlossen werden.

Wir fordern eine konsequente Mietpreisbindung für Kulturstätten, die von Kulturvereinen genutzt werden, denn sozialverträgliche Eintrittspreise fördern die breite Zugänglichkeit auch für Menschen mit niedrigem Einkommen. Darüber hinaus sichert dies den Erhalt der Vielfalt unserer Kulturlandschaft.

Wir stehen für einen Standorterhalt aller öffentlichen Museen im Landkreis, denn sie sind ein wichtiges kulturelles Gut, dass es zu erhalten gilt.

Das Ehrenamt ist eine der wichtigsten Säulen unserer Gesellschaft. Das wollen wir durch Gutscheine für Kulturangebote in der Lausitz honorieren.

Zeit sich zu bewegen

Als Linke schließen wir eine Erhöhung der Nutzungsentgelte für Sportplätze und -hallen aus, damit Breitensportvereine ihre Mitglieder nicht durch zusätzliche Beiträge belasten müssen.

Wir wollen dafür sorgen, dass mehr Sommerschwimmkurse und speziell Frauenschwimmkurse an öffentlichen Badestellen angeboten werden können. Immer mehr Kinder besitzen unzureichende Schwimmfähigkeiten, Mädchen und jungen Frauen fehlt oft der geschützte Raum, um Schwimmen zu lernen oder ihre Schwimmfertigkeiten zu verbessern. Das wollen wir ändern.

Unsere besondere Aufmerksamkeit muss Vereinssportanlagen für den Breitensport bei der Sanierung und Förderung gelten, damit den Menschen unserer Kommunen ein flächendeckenderes Angebot an sportlicher Betätigung zur Verfügung steht.

Mit uns haben die Freibäder eine verlässliche Partnerin in Fragen der Sicherheit und Freizeitangeboten, denn sie leisten für uns alle einen wichtigen Beitrag zur individuellen Bewegung und Erholung.

Wir wollen uns dafür einsetzen, die Schwimmbäder in SPN zu Orten für Schwimmlernkurse zu widmen, denn die Zahl der Nichtschwimmer:innen nimmt zu, wir wollen diesem Prozess aktiv entgegenwirken.

Zeit für das Sorbische Volk – cas za serbski lud

Die Niederlausitz ist sorbisches Siedlungsgebiet per Gesetz (Sorben- und Wendengesetz Brandenburg). Die niedersorbische Sprache als wichtigster Bestandteil der Identifikation und Zugehörigkeit des sorbischen/wendischen Volkes gewinnt in unserer Region an Bedeutung.

Wir wollen dem Mangel an Sorbischlehrer:innen und Witaj-Erzieher:innen aktiv entgegenwirken, damit das Lernen der niedersorbischen Sprache von der Kita bis zum Gymnasium durchgängig möglich ist.

Dazu wollen wir gleichzeitig die Erwachsenenbildung in der niedersorbischen Sprache für bestehende Lehrkräfte und Erzieher:innen anbieten und weiter fördern.

Auch im Rahmen der Schul- und Kitaplanung gilt es die niedersorbische Sprache zu fördern, damit ein flächendeckendes Angebot für den Spracherwerb besteht.

Die niedersorbische Sprache ist ein Alleinstellungsmerkmal unserer Region. Für eine weitreichende Identifikation mit dem Siedlungsgebiet der Sorben und Wenden wollen wir die Sichtbarkeit sorbischer Sprache im öffentlichen Raum befördern. Dies soll durch die konsequente Benennung von öffentlichen Gebäuden, Straßennamen, Plätzen, Beschilderung, Leitsystemen und Ansagen im öffentlichen Nahverkehr umgesetzt werden.

Der Zugang zu Digitalangeboten in niedersorbischer Sprache sorgt auch unter jungen Menschen für mehr Interesse, daher setzen wir uns für weitere Angebote und den Ausbau bestehender Angebote ein und unterstützen aktiv die Arbeit der sorbischen Institutionen unserer Region.

Zu diesen Angeboten muss auch die konsequente Übersetzung des Internetauftritts des Kreises uneingeschränkt auf Niedersorbisch als Amtssprache gehören, damit sich auch Niedersorbisch-Muttersprachler:innen wahrgenommen fühlen.

Die niedersorbischen Museen und kulturellen Institutionen zur Förderung der niedersorbischen Sprache und Kultur müssen bedarfsgerecht finanziell unterstützt werden, denn sie sind wichtig für das Verständnis und Fortbestehen der Traditionen und Bräuche des sorbischen/wendischen Volkes.

Damit mehr Kinder und Jugendliche freiwilligen Niedersorbisch-Unterricht besuchen, sollen Kommunen offensiv und frühzeitig auf Angebote des Sorbisch-Unterrichts aufmerksam machen. Dies kann in Amtsblättern, auf Elternversammlungen der Schulen und auf deren Internetseiten passieren.

Wir wollen anregen, dass die niedersorbische Sprache nach dem Beispiel “Bioladen Schömmel” auch in Läden, privaten Unternehmen und öffentlichen Räumen durch eine konsequente Zweisprachigkeit gefördert wird.

Immer wieder klagen Gemeinden gegen die Zugehörigkeit zum sorbischen/wendischen Siedlungsgebiet. Wir setzen uns in den kommunalen Vertretungen für den Erhalt des ursprünglichen und gesetzlich festgelegten sorbischen/wendischen Siedlungsgebiets ein.

Die niedersorbischen Institutionen überlegen sich immer wieder kreative Lösungen zur Förderung des niedersorbischen Spracherwerbs. Wir unterstützen das immersive Projekt "Zorja", das auf den Erfahrungen von Sprachförderprogrammen in Minderheitensprachen weltweit basiert und bereits erste Erfolge im natürlichen Spracherwerb verzeichnen kann. Damit es mehr Menschen erreicht, wollen wir uns für eine zusätzliche Förderung durch unsere Kommunen einsetzen.

Niedersorbischlehrer:innen müssen vorrangig dort ausgebildet werden, wo sie gebraucht werden: in unserer Region. Wir unterstützen daher ausdrücklich den Vorschlag an der BTU in Senftenberg Sorbisch-Studiengänge einzuführen. Mit dem Ausbau des Stipendiums für Niedersorbisch-Studierende leistet der Landkreis einen direkten Beitrag dazu, dass mehr Lehrkräfte in niedersorbischer Sprache ausgebildet werden.